

IOC geht den Bach runter

Zitat von Thomas Bach: „Auch das noch“, FR-Sport vom 4. Februar.

Das Bach-Zitat zeigt in aller Deutlichkeit, wes „Geistes“ Kind der frühere Spitzensportler und heutige IOC-Präsident Thomas Bach ist. Dass er die Olympischen Spiele mit einem Schauspiel vergleicht, ist hochgradig entlarvend. Alles nur Theater? Eine grobe Beleidigung für alle Sportlerinnen und Sportler! Und wenn er schon Shakespeare bemüht, sollte er wissen, dass „Hamlet“ ein hochpolitisches Drama ist und der Titelheld weit davon entfernt ist, ein friedliches Miteinander zu pflegen, wie es die Olympische Charta vorsieht. Die Frage „Sein oder Nichtsein?“ sollte sich Herr Bach mal in Bezug auf seine IOC-Präsidentschaft stellen. Anstatt weiterhin solchen Schwachsinn zu verzapfen, käme er dann vielleicht zu der wünschenswerten Erkenntnis: „Der Rest ist Schweigen.“ Andernfalls setzt sich der aktuelle Trend fort: Das IOC geht den Bach runter.

Werner Fröhlich, Altenstadt

Ablösefrei nach China

Wechselt Thomas Bach nach der Winterolympiade eigentlich ablösefrei vom IOC nach China?

Fritz Brehm, Frankfurt



Die Gartensaison naht

Die Anzeichen dafür mehren sich, dass die Gartensaison naht: Das Schneeglöckchen reckt schon seine weißen Blüten. Zeit zu überlegen, was wir dieses Jahr im Garten besser machen können. LUTZ BÜGE

Mörderische Gräueltat

Zu: „Geflüchtete nackt zurückgeschickt“, FR-Politik vom 7. Februar

„Griechenland gerät wegen des Umgangs mit Geflüchteten immer stärker in die Kritik“ – so beginnt der Bericht über ein grausames Verbrechen an der griechisch-türkischen Grenze, bei dem 19 Menschen erfroren sind, weil ihnen die Kleider laut überlebender Zeugen von griechischen Grenzsoldaten abgenommen worden waren. Sollte nicht angesichts eines solchen Leids zuerst über die Opfer berichtet werden, denen unser Mitgefühl gilt?

Eine Vokabel wie „Umgang“ scheint mir völlig unangebracht zur Beschreibung der Folgen. Auch wenn noch nicht klar ist, wer die Verantwortung für dieses Verbrechen trägt, suggeriert das Wort doch etwas Alltägliches, Belangloses. Womit gehen wir nicht alles um im Laufe von nur wenigen Stunden, und was kritisieren wir nicht alles oder werden kritisiert? Im Rahmen von Diplomatie einerseits und herber Schuldzuweisung andererseits drohen wir, unsere Einfühlung zu verlieren, heutzutage gerne distanzierend mit dem Fremdwort „Empathie“ bezeichnet, in erster Linie darauf achtend, ob und gegen wen ermittelt wird, und wer (formalrechtliche) Schuld trägt, wie uns dies täglich dutzende Male in Fernsehserien vorgeführt wird.

Diese Menschen sind auf grausame Weise gestorben, ganz real, nicht nur, weil sie es mit verrohten, womöglich unter Kadavergehorsam agierenden Menschen zu tun hatten, sondern auch, weil sogenannte Pushbacks – welch verharmlosender Begriff für ein lebensbedrohendes Handeln – unmenschlich und ungesetzlich, an der Tagesordnung sind und häufig nicht nur stillschweigend geduldet werden, weil Nationalstaaten zunehmend nationalistisch agieren und weil die EU sich abschottet und eine Mitschuld trägt an solch mörderischen Gräueltaten. Was soll wohl damit gemeint sein, wenn die Regierung in Athen davon spricht, „hart, aber gerecht“ zu handeln? Wohlgerichtet: Sie sagen noch nicht einmal „gesetzlich“, sondern kaltschnäuzig „gerecht“. Welche Definition von und welche Haltung zu Gerechtigkeit mag sich dahinter verbergen? Was ist ein Menschenleben bei einer solchen Politik wert?

Vielleicht wird man Einzeltäter finden und womöglich auch verurteilen, wenn sich etwas beweisen lässt, aber wir sollten endlich beginnen, die Kreise von Ursachen und Wirkungen, nicht nur individuelle, sondern auch soziologische und politische, erheblich weiter zu ziehen. Robert Maxeiner, Frankfurt

Die Nato sollte damit aufhören, Russland in die Isolation zu treiben

Ukrainekonflikt: „Was wir verteidigen“, FR-Meinung vom 7. Februar, und Erwidern auf „Russlands und Europas Sicherheit als Ziel“, FR-Forum vom 11. Februar

Angst vor der Wiederholung der Geschichte

Im Kommentar meint Stephan Hebel: „Was weitgehend fehlt, sind neue Ideen für eine friedliche und stabile Koexistenz zwischen West-/Mitteleuropa und dem großen Nachbarn im Osten.“ Dank an Klaus Philipp, dass er in seinem Leserbrief auf einige Friedensabkommen hinweist, die bereits mit der Sowjetunion bzw. Russland abgeschlossen wurden und die „im Einklang mit der Weltfriedensordnung“ stehen: KSZE-Schlussakte 1975, KSZE-Charta von Paris 1990, die Nato-Russland-Grundakte von 1997 und das Budapest Memorandum von 1994, in dem Russland seine Garantie für den Schutz der ukrainischen Grenzen unterschrieb. Im Gegenzug rüstete die Ukraine ihr drittgrößtes Atomwaffenarsenal der Welt ab. Dieses Memorandum rief dankenswerterweise Stephan Scholl unter dem Titel „Was sind Moskaus Zusagen wert?“ /FR vom 29.1.) ins Gedächtnis.

Herr Philipp schreibt weiter: „Den osteuropäischen Staaten war nach der Auflösung der UdSSR nicht zu verdenken, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen den Warschauer Pakt bei erster Gelegenheit verlassen haben.“ Den historischen älteren und wichtigeren Grund, warum die mittel-, ost-, und nord-europäischen Länder sowohl Russland als auch Deutschland misstrauen, ist der FR leider noch keine Zeile wert gewesen. Mit den „gemeinsamen Zusatzprotokollen“ des „Nichtangriffspaktes“ vom August

1939 steckten Deutschland und die UdSSR ihre Interessensphären ab und überzogen kurz darauf die Länder mit Krieg, Besatzung, Massendeportationen und Massenmorden. Deutschland bekam Westpolen, die Sowjetunion Ostpolen, Finnland (30.11.1939), die baltischen Staaten (Frühjahr 1940), Rumänien/Bessarabien und Nordbukowina (26.6.1940). Im kollektiven Gedächtnis jener Länder spielt dies nach wie vor eine nachhaltige Rolle. Die Sowjetunion okkupierte diese Länder (bis auf Finnland) auch nach 1945. Sie fürchten nun eine Wiederholung der Geschichte.

So schrieb Karl August Winkler bereits 2014: „Bei Putins deutschen Apologeten geht das Verständnis, das sie für russische Sicherheitsinteressen aufbringen, mit einem Mangel an Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas einher.“ Die Folge seien neue Zweifel an der Berechenbarkeit Deutschlands. Auch das „Einsammeln russischer Erde“, d.h. Putins expansiver Nationalismus, hat Tradition und wird von deutschen Rechten (Gauland) wie Linken (Wagenknecht) gerechtfertigt, ebenso Putins neoimperialistisches Projekt einer „Eurasischen Union“. Helmut Lange, Groß-Gerau

Russland wurde in eine Kuba-Situation gebracht

Soweit Leser Klaus Philipp auf bestehendes Völkerrecht wie die UN-Charta, sowie die KSZE-Schlussakte und weitere Vereinbarungen als Grundlage für eine

Friedensordnung in Europa verweist, ist ihm zuzustimmen. Leider erzählt er nicht die ganze Geschichte, was die Entwicklungen nach 1945 angeht: Die Politik der Einflusszonen war nicht vorbei: Die USA sicherten sich mit Marshallplan und Nato einen dominierenden Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Sicherheit Westeuropas, während die Sowjetunion ihren Machtbereich bis an die Elbe ausdehnen konnte. Nach der Implosion der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes war im Grunde die Existenzgrundlage der Nato entfallen, eine ideologische und militärische Gegenmacht ließ sich nicht mehr ausmachen. Statt sich aufzulösen und auf der Basis der Prinzipien der UN-Charta und der KSZE in einer neuen europäischen Sicherheitsordnung aufzugehen, suchte die Nato neue Bedrohungen und Frontstellungen, um ihre Existenz zu legitimieren. Auf ihrer Konferenz zu ihrem 50-jährigen Bestehen in Washington 1999 erweiterte sie ihr Einsatzkonzept mit der Formel: „out of area, out of defense, out of United Nations“, praktiziert erstmals im völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg (ohne UN-Mandat). Ihre „Einflusszone“ wurde mit der Aufnahme neuer Mitglieder in Mittel- und Osteuropa erweitert.

Warum muss mit der anvisierten Nato-Perspektive für die ehemaligen Sowjetrepubliken Georgien und der Ukraine eine brandgefährliche Kuba-Situation für Russland heraufbeschworen werden?

Bevor es „gemeinsam in den Abgrund geht“ (Martina Fischer, FR vom 9.2.), wäre es im aktuellen Konflikt Nato-Russland doch ein Ausweis der sonst so hoch gelobten Kompromissfähigkeit, wenn sich beide Seiten auf Schritte der Deeskalation und Vertrauensbildung einigen könnten: beidseitiger Truppenabzug und Manövertransparenz als erste Schritte und Sicherheitsgarantien für die Ukraine ohne Nato-Mitgliedschaft, langfristig eine neue Sicherheitsordnung für Europa unter Einschluss Russlands. Dies wäre ein fairer Interessenausgleich und würde den Zielen und Vereinbarungen der UN-Charta, der KSZE und des 2+4-Vertrages zur deutschen Einheit entsprechen, wie Herr Trautvetter (FR-Forum vom 12.2.) treffend bemerkt.

Jürgen Herbst, Darmstadt

China würde sich ins Fäustchen lachen

Wir teilen die Besorgnis hinsichtlich des russisch-ukrainischen Konflikts. Wir sind jedoch der Meinung, dass die jetzige Situation als eine Art Machtdemonstration seitens Putins zu betrachten ist, um sein Ego aufzupolieren.

Seit Jahren wird Russland aus verschiedenen Anlässen mit Embargos bestraft. Dazu kommt noch die Aussage von Barack Obama, Russland sei ein unbedeutendes Land. Wie glaubt man eigentlich, wie sich Putin dabei fühlt? Wir meinen, man sollte ihm mehr Respekt zollen und ihn nicht in die Isolation treiben.

Angesicht der schlechten Performance unserer amerikanischen Freunde in den letzten 60 Jahren (Schweinebucht, Vietnam, Irak-Überfall) sollten wir Europäer („Old Europe“) vorsichtig handeln und uns nicht auf Kriegsabenteuer einlassen, frei nach dem Motto: Lieber eine lebende Taube als ein toter Adler. Es wäre ratsam, basierend auf der Zusicherung Russlands, dass ein Krieg mit der Ukraine nicht beabsichtigt ist, weiter zu verhandeln und, anstatt zu drohen, lieber Zusammenarbeit anbieten. Ein Krieg würde den Kollaps der Börsen und Milliardenverluste verursachen. Nur China würde sich ins Fäustchen lachen und seine Dominanz ausbauen.

Fakt ist, dass aufgrund der sich anbahnenden Klimakatastrophe ein Krieg so überflüssig wie ein Kropf ist. Ob die Ostseepipeliner Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird oder nicht, wäre im Kriegsfall völlig irrelevant, denn es ist anzunehmen, dass Russland die Gas- und Öllieferungen ohnehin einstellen würde.

Anita u. F.W. Osterloh, Frankfurt

Putin erregt öffentlich Ärgernis

Das überlege ich seit Tagen: Was macht der Westen mit all den schönen Sanktionen, wenn „der Russe“ doch nicht in die Ukraine einmarschiert? Idee: Trotzdem einsetzen wegen Putins Delikt der Erregung öffentlichen Ärgernisses! Alexander Rajkovic, Oberursel

Diskussion: frblog.de/neunwochen